Stand: 12.07.2025 03:20:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23714

"Bedrohung durch Hitze endlich ernst nehmen - Kommunen unterstützen - Katastrophenschutz verbessern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23714 vom 19.07.2022
2. Beschluss des Plenums 18/23803 vom 21.07.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 122 vom 21.07.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 19.07.2022 **Drucksache** 18/**23714**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl, Rosi Steinberger, Christian Hierneis, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bedrohung durch Hitze endlich ernst nehmen – Kommunen unterstützen – Katastrophenschutz verbessern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen bestehender Haushaltsmittel,

– ein Sonderförderprogramm „Hitzeaktionsplanung“ auf den Weg zu bringen, das allen bayerischen Kommunen ermöglicht, bis Ende 2025 einen Hitzeaktionsplan zu erstellen (entsprechend dem Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 1. Oktober 2020),

– eine Taskforce Extrem-Hitze-Ereignisse einzurichten, insbesondere zur Erarbeitung von Evakuierungs- und Katastrophenschutzplänen, unter anderem hinsichtlich Waldbrandgefahren,

– Einrichtungen mit oder für vulnerablen Personen wie Gesundheits- und Pflegedienste, Pflegeheime, Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen etc. während Hitzewellen aktiv zu unterstützen,

– die bayerischen Feuerwehren bei der Ausstattung mit Spezialausrüstung für die Waldbrandbekämpfung (insbesondere für gezielte Kühlung der Einsatzkräfte im Einsatz zur Überhitzungsprävention) zu fördern,

– den Arbeitsschutz bei Hitzewellen sowohl bei den eigenen Beschäftigten als auch bei staatlichen Aufträgen vorbildlich zu gewährleisten,

– bayernweit die stark von Hitze betroffenen bayerischen Kommunen auf besondere örtliche Gefahrenbereiche hin umfassend untersuchen zu lassen und die Ergebnisse öffentlich mittels geeigneten digitalen Kartenmaterials zur Verfügung zu stellen,

– ein Förderprogramm „Kommunen begrünen – Hitze abmildern“ aufzulegen, das Klimafunktionskartierung, Begrünung (Fassaden- und Dachbegrünung), Wasserrückhalt (Schwammstadt-Prinzip), Abkühlung (Wasserflächen und Öffnung verrohrter Bäche), öffentliche Trinkwasserstellen, Verschattung, Durchlüftung und den Gesundheitsschutz während Hitzeperioden fördert,

– beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit eine Koordinationsstelle Hitzevorsorge einzurichten, die insbesondere den bayerischen Kommunen mit konkreten Ansprechpersonen zur Unterstützung dient.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Die zunehmende Hitze ist die am deutlichsten spürbare Folge der Klimaüberhitzung in den bayerischen Kommunen. Besonders belastend sind immer häufiger auftretende Hitzewellen, bei denen es auch in der Nacht nicht richtig abkühlt. Dies führt zu schwerwiegenden gesundheitlichen Belastungen, die bis zum Tod führen können. Im Jahr 2018, dem zweitwärmsten Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, gab es in Deutschland gemäß einer Auswertung des Robert Koch-Instituts etwa 8 700 hitzebedingte Sterbefälle in Deutschland.

Durch Hitzeaktionspläne sollen vorausschauend Maßnahmen festgelegt werden, die sowohl zur Vorbeugung gegen die Überhitzung in den Kommunen als auch zur Bewältigung der Hitze im Akutfall erforderlich sind. Auf diese Weise sollen vor allem die Gesundheits-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen vorbereitet werden.

Bei zu befürchtenden extremen Hitzeereignissen ist der Freistaat auch bei der Koordinierung des Katastrophenschutzes und bei Evakuierungen gefordert.

Diese Maßnahmen können nicht allein von den Kommunen gestemmt werden. Deshalb sind sowohl für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen, als auch für die Umsetzung der Maßnahmen staatliche Förderungen zur Klimaanpassung unverzichtbar.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 21.07.2022 **Drucksache** 18/**23803**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl, Rosi Steinberger, Christian Hierneis, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**23714**

Bedrohung durch Hitze endlich ernst nehmen – Kommunen unterstützen – Katastrophenschutz verbessern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Patrick Friedl
Abg. Dr. Petra Loibl
Abg. Richard Graupner
Abg. Robert Riedl
Abg. Klaus Adelt
Abg. Alexander Muthmann
Abg. Bernhard Seidenath

Präsidentin Ilse Aigner: Zur Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bedrohung durch Hitze endlich ernst nehmen - Kommunen unterstützen - Katastrophenschutz verbessern! (Drs. 18/23714)

Zu dem Dringlichkeitsantrag ist namentliche Abstimmung beantragt. – Der Herr Friedl hat das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben jetzt, was angesichts der Klimakrise leider so zu erwarten war: Hitze und Trockenheit treffen uns gerade in Bayern mit voller Wucht. Besorgniserregend ist dabei allerdings die Geschwindigkeit der Klimaerhitzung. Es muss uns Sorge machen, dass die Hitzetage und Tropennächte viel schneller als erwartet zunehmen. Das müssen wir sehr ernst nehmen. Angesichts der Lebensgefahr, die das für Menschen in Bayern bedeutet, sage ich: Wir müssen es "todernst" nehmen, dass die Hitzewellen und Dürrezeiten so zunehmen. In den letzten fünfeinhalb Jahren hat es in Bayern so wenig geregnet, dass vielerorts bereits mehr als ein Jahresniederschlag fehlt. Hitze und Trockenheit stellen unsere Kommunen vor riesige Herausforderungen. Mit unserem Dringlichkeitsantrag ziehen wir hieraus die nötigen Konsequenzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch heute fordern wir Sie als Regierungsfraktionen wie in den letzten Jahren schon auf: Nehmen Sie die Bedrohung durch Hitze ernst, handeln Sie konsequent, und bearbeiten Sie das Thema wirksam. Die Trippelschrittchen der letzten Jahre, zu denen Sie bislang bereit waren, reichen angesichts der realen Bedrohung durch Hitzewellen bei Weitem nicht. Angesichts der vorgelegten Projekte sage ich: Es wurde immer noch nicht verstanden, dass es ein grundsätzliches strukturelles Problem ist, für das die Kommunen wirksame Unterstützung brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Ich will es mit den Worten des Ministerpräsidenten sagen, der zuletzt am Samstag in der Residenz in Würzburg war und zu Leuten von der Lebenshilfe gesprochen hat, Menschen, die selber vulnerabel und von Hitze stark betroffen sind. Er sagte: Das höchste Gut sind Leben und Gesundheit der Menschen. – Das will ich dann aber auch sehen. Dann handeln Sie endlich danach! Kümmern Sie sich um die Hitzeaktionspläne, Hitzevorsorge vor Ort, Begrünung, Abschattung, kühle Zuluft in unseren überhitzten Innerorten! Kümmern Sie sich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sorgen Sie für eine koordinierte Katastrophenvorsorge, bevor uns in Bayern die erste Hitzewelle mit über 40 Grad trifft. Jetzt ist sie gerade an Bayern vorbeigeschrammt. Die 40 Grad waren gestern in Bad Mergentheim. Sonst kann es für viele sogenannte Vulnerable, das heißt besonders verletzliche Menschen, zu spät sein.

Letzte Woche habe ich deshalb ein Schreiben an alle unterfränkischen Kommunen geschickt. Darin habe ich Hinweise zur Hitzevorsorge und zur Starkregenvorsorge gegeben und habe sie aufgefordert, aktiv zu werden. Ich habe die jetzige Hitzewelle zum Anlass für dieses Schreiben genommen. Ein CSU-Bürgermeister hat mir sofort in der Früh um acht geantwortet. Das, was er geantwortet hat, muss Ihnen zu denken geben. Er hat geschrieben: Kleine Gemeinden haben weder das erforderliche Personal noch das entsprechende Know-how, solche Konzepte zu erarbeiten.

Sie können deutlich raushören: Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor Ort fühlen sich alleingelassen. Gerade in den kleinen Kommunen fehlen finanzielle und personelle Ressourcen. Sie sind nicht in der Lage, Hitzeaktionspläne von sich aus zu erarbeiten. Sie bekommen eben keine klare Unterstützung, keine Förderprogramme, keine Möglichkeiten, geschweige denn dass sie in der Lage wären, Hitzeaktionspläne hinterher ins Werk zu setzen.

Aber nicht nur die kleinen Kommunen sind überfordert. Es sind gerade auch die größeren Gemeinden und die Städte, die Alarm schlagen und nicht wissen, wie sie die anstehenden Aufgaben ohne eine wirksame Unterstützung bewältigen sollen. Dies hat letzte Woche der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages deutlich festgestellt: Straubings CSU-Bürgermeister Markus Pannermayr. Jetzt sage ich Ihnen, was er gesagt hat. Er hat Folgendes zu Protokoll gegeben: Der Klimawandel hat die Kommunen fest im Griff. Die Lebensgrundlagen der Städte sind bedroht. Die Städte erleiden Hitzestress. – Da hat er vollkommen recht. Es sagt weiter: Trockene Sommer mit Monaten ohne einen Regentropfen lassen Grünanlagen, Spielplätze und Parks mit Bäumen verdorren. – Wir können in Würzburg, wo ich herkomme, ein Lied davon singen: Wir haben Tausende Bäume verloren. Die Zahl von Waldbränden steigt, und die Grundwasserpegel sinken. Die Schlussfolgerung, die er zieht, teile ich: Wir müssen handeln, und zwar jetzt. – Die Konsequenz, die er nennt, ist auch die richtige: Der Freistaat ist gefordert, den nötigen rechtlichen Rahmen und den finanziellen Gestaltungsrahmen zu schaffen, damit wirksame Instrumente zur Verfügung stehen. Ein "Weiter so" gibt es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also: Die bayerischen Kommunen brauchen wirksame, einfache Förderprogramme und echte Ansprechpartner*innen in den Ministerien, die auch wirklich erreichbar sind, am besten per Telefon, nicht nur per Poststellen-E-Mail. Sie brauchen eine bayerische Hitzekoordinationsstelle. Die Hitze in Bayern wartet nicht darauf, dass die Staatsregierung endlich die Bedrohungslage versteht. Deswegen ist das Parlament gefordert. Handeln Sie jetzt! Unterstützen Sie die bayerischen Kommunen, und stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht für die CSU-Fraktion die Kollegin Dr. Petra Loibl.

Dr. Petra Loibl (CSU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Kollege Patrick Friedl, ich wundere mich. Wir hatten im Umweltausschuss am 7. Juli eine intensive Aussprache zum Bericht des Gesundheitsministeriums genau zu diesem Thema "Bedrohung durch Hitze – Maßnahmen der Kommunen, unterstützt vom Freistaat Bayern". Jetzt stellen Sie hier heute einen Dringlichkeitsantrag und fordern, dass die Bedrohung durch Hitze endlich ernst genommen werden soll.

Ich erkläre es Ihnen gerne noch mal aus Sicht des Umweltbereichs und aus Sicht des Katastrophenschutzes, weil das auch ein Teil Ihres Antrags ist: Natürlich spüren und wissen wir hier alle, dass der Klimawandel längst angekommen ist.

(Ulrich Singer (AfD): Das nennt man Sommer, Frau Kollegin!)

– Danke, Herr Kollege. – Bayern steht zu seiner Klimaverantwortung. Wie Sie wissen, wurde seit 2008 insgesamt rund eine Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert. Natürlich müssen wir uns mit dem Thema Hitze und deren gesundheitlichen Folgen auseinandersetzen, das Thema in den Fokus nehmen und handeln. Aber das machen wir bereits, meine sehr geehrten Damen und Herren. Klimaschutz und Hitzeschutz sind alternativlos, nicht verhandelbar und unser Ziel für ein gesundes und lebenswertes Bayern.

Wir lassen unsere Kommunen dabei natürlich nicht allein. Wir nehmen das Thema ernst. Im Bayerischen Klimaschutzprogramm sind vielfältige Maßnahmen zur Förderung des kommunalen Klimaschutzes verankert, insbesondere zum kommunalen Klimaanpassungsmanagement. Ein Beispiel sind die Förderrichtlinien Kommunaler Klimaschutz. In der betreffenden Sitzung wurde ausreichend kommuniziert, dass durch die Förderrichtlinien Kommunaler Klimaschutz des bayerischen Umweltministeriums seit 2020 in Kommunen 114 Projekte mit bis zu 100.000 Euro gefördert werden. Der Schwerpunkt wird jetzt auf die Klimaanpassungsmaßnahmen verlegt. Das Programm wird über das Jahr 2023 hinaus verlängert. Es gibt keine Förderlücke.

Einen wesentlichen Beitrag liefern die Hitzeaktionspläne, die in den bayerischen Kommunen bereits erfolgreich erarbeitet wurden, natürlich nicht flächendeckend. Sie kennen die Zahlen. Wie gesagt, wir sind auf einem guten Weg. Wir werden nicht nur von den Ministerien unterstützt, sondern auch von einer speziellen Fachbehörde, dem LGL, dem Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Auf der Internetseite gibt es hierzu spezielle Informationen. Dort finden sich auch spezielle Ansprechpartner.

Noch wichtiger ist die Online-Toolbox, die personal- und zeitsparend für alle gleiche Bedingungen schafft, damit die Kommunen die Hitzeaktionspläne erarbeiten können. Jeder kann vom anderen lernen. Deshalb gibt es den Workshop "Kommunale Hitzeaktionspläne: Austausch und Vernetzung", der im Mai 2022 zuletzt stattfand.

Zum Thema Daten: Das Ziel ist, den Kommunen regional aufgelöste und vergleichbare Daten, Soll-Ist-Zustände, zu liefern, um Zeit und Personal sparen zu können. Unsere Umweltinitiative "Stadt.Klima.Natur" trägt maßgeblich zur Stärkung der blauen und grünen Infrastruktur bei. Ich möchte ein Beispiel aus Niederbayern vom Markt Ergoldsbach im Landkreis Landshut anführen: Man hat sich dort in puncto Datennutzung, Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Risikokommunikation auf den Weg gemacht. Dort werden Daten gesammelt und ausgewertet, um im Fall von Starkregen oder starker Hitze die Bürgerschaft informieren zu können. Die Digitalisierung spielt dabei eine große Rolle.

Ich möchte noch ein paar Sätze zum Katastrophenschutz sagen: Von der Frage des Umgangs mit Hitzeperioden ist der Katastrophenschutz primär nicht betroffen. Es handelt sich um eine Aufgabe der Gesundheitsverwaltung. Aus diesem Grund halten wir die Taskforce weder für sinnvoll noch geboten. Evakuierungen, wenn sie denn stattfinden müssen, aus überhitzten Räumen oder Zügen oder bei nahenden Bränden funktionieren bereits jetzt. Die Pläne liegen vor.

In Bayern funktioniert auch die Waldbrandprävention. Sie wissen, dass zur Zeit Überwachungsflüge stattfinden. Die Fördergelder für die Ausstattung der Feuerwehren zur Bekämpfung von Waldbränden steigen. Außerdem wird in die Aus- und Fortbildung investiert. Waldbrand-Tanklöschfahrzeuge werden angeschafft. Führungskräfte verhindern, dass Einsatzkräfte großer Hitze ausgesetzt werden; das ist oberstes Gebot, nicht nur bei Waldbränden.

Der Freistaat Bayern unterstützt seine Kommunen nach besten Möglichkeiten aus den Bereichen Umwelt und Sicherheit. Wir arbeiten am Thema. Wir sind auf einem guten Weg und werden aus diesem Grund dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für eine Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Friedl gemeldet.

Patrick Friedl (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin Loibl, ich wundere mich, dass Sie sich wundern. Wir waren in der gleichen Sitzung. Mitarbeiterinnen des Ministeriums konnten uns relativ hilflos keine Antworten geben. Sie haben nur das berichtet, was wir ohnehin bereits berichtet bekommen haben: dass bislang lediglich etwa zehn Städte in Bayern einen Hitzeaktionsplan ausgearbeitet haben. Sie wissen aber, dass die Ministerin, damals Frau Huml, am 1. Oktober 2020 bei der Gesundheitsministerkonferenz ein Papier unterzeichnet hat, wonach bis 2025 alle Kommunen, also auch alle bayerischen Kommunen, einen Hitzeaktionsplan erstellen sollen. Bisher waren es lediglich zehn Städte. 2.056 Kommunen wurden angeschrieben, wie der Stand der Dinge ist. 256 haben geantwortet. Die meisten von Ihnen haben geantwortet: Wir haben weder Geld noch personelle Ressourcen – genauso wie der Bürgermeister, der mir ad hoc geantwortet hat. Sie sagen so schön, Personal sparen durch Toolbox. Wo sollen denn die Mittel herkommen? Wo wollen Sie denn das Personal hernehmen, das endlich richtige Unterstützung leistet? Wie wollen Sie das Ziel bis 2025 erreichen? Sie sagen, das Thema wird ernst genommen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Zeit ist abgelaufen.

Patrick Friedl (GRÜNE): – Noch ein Satz. – Wieso hat der Minister, der eben noch da war, gerade bei diesem Punkt den Saal verlassen? Das verstehe ich nicht unter" ernst nehmen".

Dr. Petra Loibl (CSU): Herr Kollege, Sie haben wohl die Informationen nicht erhalten, die wir im Nachgang zum Bericht bekommen haben. Sie haben jetzt dasselbe gesagt wie bereits vorhin. Ich verweise jetzt auf meine Ausführungen, und der Kollege aus dem Gesundheitsbereich wird dann noch ergänzen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Richard Graupner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist unbestritten, dass Zahl und Dichte der Hitzeereignisse in den letzten Jahren zugenommen haben. Unbestritten ist ebenfalls, dass Hitze verschiedene negative gesundheitliche Auswirkungen haben kann. Besonders betroffen sind Kleinkinder, Senioren, Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen und Personen, die schwerer körperlicher Arbeit im Freien nachgehen. Wir werden uns wohl oder übel darauf einstellen müssen, dauerhaft mit einem Temperaturanstieg leben zu müssen. Prävention, Aufklärung und effektive Akutmaßnahmen zur Eindämmung hitzebedingter Erkrankungen und Todesfälle sind genauso das Gebot der Stunde wie mittel- und langfristige Planungen.

Alarmismus und Aktionismus sind allerdings fehl am Platze. Eine viel diskutierte Maßnahme sind seit Jahren Hitzeaktionspläne auf kommunaler Ebene. Die Gesundheitsministerkonferenz forderte 2020, innerhalb von fünf Jahren bundesweit derartige Akti-

onspläne zu erstellen. Auch die GRÜNEN beziehen sich in ihrem Antrag auf diesen Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz.

Was Sie als Unterstützungsmaßnahmen vorschlagen, ist teilweise durchaus zustimmungsfähig. Das betrifft etwa die Forderung nach Stärkung des Katastrophenschutzes auch hinsichtlich der gesteigerten Waldbrandgefahren. Dazu zählen ebenfalls die spezifische Ausrüstung der Feuerwehren zur Waldbrandbekämpfung sowie die Überhitzungsvorsorge für deren Einsatzkräfte. Das angedachte Förderprogramm zur Begrünung von Städten und Kommunen ist gut geeignet, im Akutfall unterstützend zu weiteren Gesundheitsschutzmaßnahmen zu wirken.

Aber damit erschöpft sich auch schon das Zustimmungsfähige in Ihrem Antrag. Mit vielen Ihrer Formulierungen bleiben Sie vage und pauschal. Das gilt schon für die Eingangsforderung nach einem Sonderförderprogramm, bei dem man sich fragt, in welcher Höhe und zu welchem Zweck es überhaupt aufgelegt werden soll. Das betrifft weiterhin die schwammige Formulierung der vorbildlichen Gewährleistung des Arbeitsschutzes bei staatlichen Beschäftigten, und es betrifft die Forderung "Einrichtungen mit oder für vulnerable Gruppen […] aktiv zu unterstützen". – Völlig außer Frage steht doch, vulnerable Gruppen zu schützen. Das muss immer vordringlich Aufgabe eines solidarischen Gemeinwesens sein.

Aber auf die naheliegendste Schutzmaßnahme gegen Hitzebeschwerden kommen Sie bezeichnenderweise gar nicht erst zu sprechen. Was könnte verlässlicher für Hitzeschutz und angenehme Raumtemperaturen sorgen als eine gut funktionierende Klimaanlage auf neuestem technischen Stand? Das gilt in besonderem Maße in Altenheimen und in Krankenhäusern und ganz allgemein in Wohn- und Arbeitsräumen. In Ihrem Antrag ist von dieser Möglichkeit überhaupt nichts zu lesen. Vielleicht sagen Sie sich ja, dass sich bei Ihrer Energie- und Strompreispolitik zukünftig ohnehin kaum noch jemand den Betrieb einer Klimaanlage leisten kann. Für unsere Fraktion ist auf jeden Fall klar, eine Forderung nach Hitzeschutz, welche aus rein ideologischen Grün-

den die effektivsten Maßnahmen zur akuten Prävention von hitzebedingten Gesundheitsschäden außer Acht lässt, ist nicht zustimmungsfähig. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Robert Riedl für die FREIEN WÄHLER.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN mit dem Titel "Bedrohung durch Hitze endlich ernst nehmen – Kommunen unterstützen – Katastrophenschutz verbessern!" befasst sich schwerpunktmäßig entgegen seinem Titel nur nebenbei mit dem Katastrophenschutz.Der Dringlichkeitsantrag fordert Förderprogramme, eine Taskforce und verschiedene Maßnahmen im Bereich der Ausstattung sowie der Verwaltung.

Im Freistaat Bayern gibt es bereits eine hinreichende Auffang- und Förderstruktur für den Schutz vor Hitzeereignissen und die Anpassungen an klimatische Verhältnisse. So gibt es in Bayern verschiedene Fördermöglichkeiten für Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes. Beispielsweise wird die Förderung für kommunale Klimaschutzkonzepte fortgesetzt. Es gibt auch die Modellversuche "Klimagerechter Städtebau" und "Klimaanpassung im Wohnungsbau". Daneben arbeiten verschiedene Forschungsstellen, wie das Zentrum für Stadtnatur und Klimaanpassung sowie das Klimazentrum beim Landesamt für Umwelt, an der Verbesserung des Status quo.

Beim Verbundprojekt "Klimawandel und Gesundheit" in Bayern geht es darum, Gesundheitsschutzmaßnahmen und gesundheitliche Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu entwickeln sowie die interdisziplinäre Forschung im Bereich des Klimawandels voranzutreiben. Auch die Landesarbeitsgemeinschaft "Gesundheitsschutz im Klimawandel" entwickelt im Rahmen einer interdisziplinären Zusammenarbeit Handlungsempfehlungen und Anpassungsmaßnahmen zur Reduktion möglicher Gefahren.

Im Rahmen des Projekts "Klimaanpassung in der Pflege" werden Menschen, die sich um pflegebedürftige Menschen kümmern, gezielt über die Folgen von Hitze, Risikofaktoren sowie Sofortmaßnahmen und Möglichkeiten der Prävention informiert. Die Kommunen sind weiterhin angehalten, Hitzeaktionspläne zu erstellen, um im Rahmen einer übergreifenden Strategie auf die Hitzeereignisse reagieren zu können. Hierfür hat die Arbeitsgruppe "Gesundheitliche Anpassung" Empfehlungen erarbeitet. Auf der Internetseite des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sind diese hinterlegt. Ferner steht den Kommunen eine Toolbox zur Verfügung. Daneben gibt es Workshops, kommunale Aktionspläne, Austausch und Vernetzung. Meine Damen und Herren, die Staatsregierung lässt die Kommunen also nicht allein.

Für den arbeitsbedingten Hitzeschutz sowie den Schutz vor übermäßiger UV-Strahlung von Beschäftigten im Freien ist nach den arbeitsschutzrechtlichen Vorgaben der Arbeitgeber verantwortlich. Dieser muss eine Gefährdungsbeurteilung anfertigen.

Eine Evakuierung von Personen aufgrund einer Hitzewelle ist nicht sonderlich wahrscheinlich. Ein solches Szenario würde vielleicht auch nur aufgrund hinzutretender Gefahren relevant. Die Einsetzung einer landesweiten Taskforce für die Planung solcher Evakuierungen ist also schon deshalb weder sinnvoll noch geboten.

Bayern verfügt über gut funktionierende Mechanismen der Waldbrandprävention. Bei starker Trockenheit werden regelmäßig Überwachungsflüge der Luftrettungsstaffel Bayern e.V. durchgeführt. Der Freistaat unterstützt seit vielen Jahren die bayerischen Feuerwehren umfassend mit Ausstattung für die Waldbrandbekämpfung und seit Anfang 2022 auch durch die Anschaffung spezieller Waldbrandlöschfahrzeuge.

Aufgrund der angeheizten Stimmung heute im Plenum komme ich jetzt auf einen nicht so ernsten Punkt zu sprechen. Ich habe mir einen der Spiegelstriche aus dem Dringlichkeitsantrag herausgegriffen, weil ich mir das wirklich sehr gut vorstellen kann. Die Staatsregierung wird mit dem dritten Spiegelstrich aufgefordert, Einrichtungen mit oder für vulnerable Personen wie Gesundheits- und Pflegeheime aktiv zu unterstützen. Ich

kann mir jetzt die Staatsministerin Kaniber sehr gut bildlich vorstellen, wie sie vor den Schulen Wasserflaschen verteilt, oder wie unsere Präsidentin in einem Seniorenheim mit einem Gartenschlauch für Abkühlung sorgt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung, und zwar vom Kollegen Patrick Friedl von den GRÜNEN.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Riedl, Sie haben jetzt sehr pauschal gesagt, dass es keinen Bedarf für Evakuierungspläne gibt. Ich möchte Ihre Phantasie ein wenig anreichern: Was ist denn, wenn wir eine längere Hitzewelle über vierzig Grad haben? Was bedeutet das für unsere Städte? Wissen wir, wo in unseren Kommunen die Bereiche sind, die einen solchen Hitzestau haben werden, dass die Menschen in ihren Wohnungen gefährdet sind? Wollen wir das wissen, und warum haben wir die Forschungs- und Projektmittel von 3,3 Millionen Euro jetzt, wie gestern verkündet wurde, auf 1,8 Millionen Euro heruntergesetzt und untersuchen in einer Studie, ob die Grünvernetzung innerhalb eines Ortes zur Kühlung hilft? – Ich kann Ihnen ganz klar sagen: Ja. Das wissen wir auch heute schon, dass das der Fall ist. Wir wissen aber nicht, wo die gefährdeten Bereiche in unseren Kommunen sind. Ich bitte Sie, sich ernsthaft damit zu beschäftigen.

Dann bitte noch einen Satz. Sie haben vorhin gesagt – –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, nein, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Ich habe nicht gesagt, dass es keine Pläne geben muss; aber Sie dürfen nicht von zentraler Stelle ausgehen, sondern müssen in den einzelnen Kommunen erarbeitet werden, weil diese die regionalen Probleme haben. Das ist der Unterschied. Ich kann das nicht von oben machen, sondern muss es den einzelnen Kommunen selbst überlassen, wie sie ihre Pläne erstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Patrick Friedl (GRÜNE))

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Klaus Adelt für die SPD-Fraktion.

Klaus Adelt (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer "BR24" in den letzten Tagen verfolgt hat, weiß: Es gibt nur ein großes Thema oder vielleicht zwei große Themen, nämlich die Wassernot in Bayern, die große Trockenheit sowie die Wald- und Feldbrände und die fehlenden Wasserspender.

Ich glaube, dass Letzteres gerade in den Aufgabenbereich der Kommunen fällt. Auch wir wollen die Kommunen unterstützen und werden dem Antrag auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erlauben Sie mir aber noch, ein paar Dinge zum Katastrophenschutz zu sagen. Ich glaube, dass unsere Behörden Evakuierungspläne und anderen Dinge sehr gut machen. Diese müssen aber vernünftig fortgeschrieben werden.

Auch die Ausrüstung muss entsprechend angepasst werden, etwa mit selbstrettenden Löschfahrzeugen für Waldbrände und Ähnlichem, mit der Beschaffung von Bambi Buckets, um Waldbrände auch in Steillagen löschen zu können. Wir haben nicht nur Waldbrände in der Fläche, sondern auch in den Gebirgen, wo sie für die Feuerwehren oft nur sehr schwer zu erreichen sind. Dafür müssen sie ausgerüstet sein.

Als Kommunalpolitiker kann ich die Forderung nach Hitzeplänen, Aktionsplänen usw. bald nicht mehr hören, und zwar einfach aufgrund der Tatsache, dass wir zwar Pläne, Konzepte etc. erstellen, dann aber überhaupt nichts passiert. Es gibt alles dreifach in Hochglanz mit allem Drum und Dran, aber oftmals passiert weder auf staatlicher Seite noch in den Kommunen etwas. Das ist ein Ding, das zum Himmel schreit.

(Zuruf)

Fibeln, Anleitungen usw. – die Stadtbauämter sind zum Teil überfordert, zum Teil wollen sie gar nicht einsehen, dass ein großer Baum Schatten spendet und Verdunstung

hat. Was ist für sie dagegen das Interessante? – Die Standsicherheit sei nicht gewährleistet, oder ein horizontaler Pflegeschnitt werde im Herbst gebraucht, damit kein Laub mehr gekehrt werden müsse. Den wahren Wert der Bäume und der Begrünung erkennen sie aber nicht.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Begrünung von Fassaden, die Begrünung von Dächern, die Pflanzung von Bäumen und Grünflächen, um die Verdunstung gerade in den großen Städten zu erreichen, ist die vorrangige Aufgabe. Diese gilt es auch mit Mitteln zu fördern. Herr Finanzminister, keine Sorge: Kein neuer Fördertopf ist notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Da sind aber mehr Mittel in der Städtebauförderung einzusetzen. Wir wollen Bäume pflanzen und keine Setzlinge mitten in die Stadt. Da hat man einmal die Möglichkeit, steuernd einzuwirken, damit unsere Städte grüner und lebenswerter werden und dass die Luft besser wird.

Ansonsten passt der Antrag einigermaßen. Er ist a weng theoretisch, gell, aber, wenn man statt aus der Hitze in Würzburg aus der Kühle Oberfrankens kommt, hat man vielleicht ein bisschen mehr Überblick. Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war letzte Woche mit Herrn Kollegen Mistol beim Bayerischen Städtetag. Da war das das zentrale Leitthema für die Städte in Bayern. Herr Kollege Friedl hat von "riesigen Herausforderungen" gesprochen. Herr Friedl, ich glaube nicht, dass Ihre Behauptung, in diesem Dringlichkeitsantrag seien die nötigen Konsequenzen gezogen worden, rich-

tig ist. Der Finanzminister wird sicher mit Ihrer Eingangsformulierung "im Rahmen bestehender Haushaltsmittel" zufrieden sein. Das bedeutet nämlich: Mehr darf das nicht kosten. Darüber hat sich die FDP-Fraktion gewundert.

Sie wollen zwei Sonderförderprogramme auflegen, die ebenfalls nichts kosten dürfen. Von Einsparungsvorschlägen an anderer Stelle, um die nötigen Gelder zur Verfügung zu haben, ist in Ihrem Dringlichkeitsantrag nicht die Rede. Ich glaube nicht, dass wir auf diese Weise weiterkommen.

Wir wissen, dass die Hitzeaktionspläne von den Kommunen unzureichend aufgenommen und umgesetzt werden. Wir müssen hier über eine verstärkte Zusammenarbeit im kommunalen Bereich nachdenken. Bei den Einrichtungen, in denen vulnerable Gruppen zu Hause sind, müssen wir über eine Mindestbauverordnung reden. Bei der Begrünung in den Kommunen müssen wir uns Gedanken machen, ob nicht im Landesentwicklungsprogramm klarer formulierte Ziele aufgenommen werden sollten. Vielleicht brauchen wir auch eine erleichterte Mobilisierung der benötigten Grundstücksflächen für die Kommunen. Auch das sind Ansätze, die in diesem Dringlichkeitsantrag fehlen.

Ich kann in den zwei oder drei Minuten, die mir zur Verfügung stehen, diesen Antrag nicht erweitern. Ihre Diagnose ist richtig – die Therapie ist aber ungenügend. Deswegen werden wir uns zu diesem Dringlichkeitsantrag der Stimme enthalten. Er greift zwar ein paar wichtige Aspekte auf, aber er leistet nicht das, was angesichts der Herausforderungen notwendig wäre.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Der letzte Redner in dieser Debatte ist Herr Kollege Bernhard Seidenath für die CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema, das die GRÜNEN in ihrem Dring-

lichkeitsantrag aufgreifen, ist zweifellos ein wichtiges. Vom Klimawandel sind beileibe nicht nur die Eisbären betroffen, sondern viel stärker die Menschen. Eine Schlagzeile heute lautete: "Mehr als 500 Hitzetote in Spanien". Es geht nicht nur um Hitze und die mit ihr verbundene Belastung für den menschlichen Organismus; es geht auch um neue Arten in Flora und Fauna. Es geht um neue Stechmückenarten wie die Tigermücke, die sich hier ansiedeln und neuartige, bisher nicht gekannte Krankheiten übertragen. Es geht um neue Pflanzenarten, die Allergien auslösen können. Darauf müssen wir uns einstellen; und darauf stellen wir uns ein.

Die CSU weiß schon lange: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Danach handeln wir. Ich freue mich, dass uns der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN die Möglichkeit gibt, das, was wir schon getan haben und was wir in Zukunft noch tun werden, im Hohen Haus gebündelt darzustellen. Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit als zentrale Fachbehörde zu diesem Thema plant derzeit in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsregion plus in Straubing das Pilotprojekt "Hitzeschutz in einer Gesundheitsregion plus". Dabei soll anleitend ein passgenaues Hitzeschutzkonzept für eine Kommune erstellt werden. Wir als Landtag haben das mit Mitteln aus der Fraktionsreserve ermöglicht. Den entsprechenden Antrag zum Haushalt haben wir im Hohen Haus im Frühjahr beschlossen. Es war gerade der Wunsch der CSU-Landtagsfraktion, hier einen Schwerpunkt zu setzen. Ich bin unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek sehr dankbar, dass er diesen Punkt aufgegriffen und nachdrücklich unterstützt hat. Er steht für eine moderne Gesundheitsversorgung, die die Menschen im Blick hat.

Wir haben auch die Grundlagen dafür geschaffen, dass das Elektronische Polleninformationsnetzwerk, das ePIN, verbessert und erweitert wird, auch durch Einbeziehung von Privaten im Rahmen einer Public Private Partnership. Über das wichtige Projekt "KlapP" haben Sie gerade etwas von Herrn Kollegen Riedl gehört. Um die bayerischen Bürger besser auf die gesundheitlichen Auswirkungen der globalen Erderwärmung vorzubereiten, wurde im September 2021 die Landesarbeitsgemeinschaft "Gesund-

heitsschutz im Klimawandel", die LAGiK, gegründet. Dabei steht der Schutz besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen im Fokus. Das erste Fokusthema der LAGiK ist die gesundheitliche Belastung durch Hitze.

Just gestern hat am LGL eine Veranstaltung zum Thema "Klimawandel und Gesundheit" stattgefunden. Dabei ging es um all die von mir soeben genannten Punkte. Diese Veranstaltung hat die Staatsregierung nicht einberufen, weil sie Ihren Dringlichkeitsantrag gelesen hat. Das Thema steht bei uns ganz oben auf der Agenda. An dieser Stelle möchte ich auch nicht vergessen, den Lehrstuhl für Umweltmedizin an der Uni Augsburg von Frau Prof. Dr. Claudia Traidl-Hoffmann zu erwähnen.

Sie sehen, für uns ist das Thema "gesundheitliche Auswirkungen von Hitze" nicht vom Himmel gefallen. Wir kümmern uns vielmehr um Hitzeschutzkonzepte als Gesundheitsschutzkonzepte. Damit befassen wir uns schon seit langen Jahren und nicht erst seit vorgestern, als die Temperaturen so hoch geklettert sind. Eigentlich wissen Sie das auch; denn am 7. Juli waren Vertreterinnen und Vertreter des Umwelt- und des Gesundheitsministeriums im Landtagsausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zu Gast und haben über dieses Thema informiert. Sie haben aufgezeigt, welche Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht wurden. Ich bitte Sie deshalb herzlich, dies zur Kenntnis zu nehmen, auch wenn es Ihnen nicht in Ihr politisch-strategisches Konzept passt. Wir werden Ihren Dringlichkeitsantrag ablehnen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Von den GRÜNEN wurde zu diesem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 14:06 bis 14:09 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen.

(...)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 18/23714 bekannt geben. Mit Ja haben 51, mit Nein 92 gestimmt; es gab 10 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.07.2022 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Bedrohung durch Hitze endlich ernst nehmen - Kommunen unterstützen - Katastrophenschutz verbessern! (Drucksache 18/23714)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander			
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			X
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			
Dr. **Heubisch** Wolfgang			X
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael			
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard			
Dr. **Huber** Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro			
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik			X
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	51	92	10